

ad N^o 18/ Lthg.
ex 1843.

Abchrift.

Protokoll

Der II. Landtagssitzung vom 12 Juli 1843.

Anwesend sind alle Mitglieder bis auf den Abgeordneten Rheinberger, der durch Krankheit ausfällt ist.

Der Präsident Hr. Dr. A. Schädler eröffnet die Sitzung, indem er die landesherrliche Bestätigung der Wahl des bisherigen Präsidiums zur Kenntnis bringt und auf seine Durchsicht mit Hochachtung bringt, in der die Versammlung einstimmig.

Es wird das Protokoll der I. Sitzung vom 23. Mai d. J. zur Verlesung gebracht und genehmigt.

Hierauf werden die Hr. Vorsitzenden die in dem finländischen Bekanntmachungssachen, beauftragten derselben unter Hinweis auf die allen Abgeordneten bekannten Umstände, das Ende der vor der vorliegenden Tagesordnung abzuschließen, wird allgemein Zustimmung found.

I. Ordnung Landtagssitzungsgesetz
folgt die Prüfung und Genehmigung der Landtagssitzungen von 1841.

Titel I, „Einflussreiche Verhandlungen“ wird lesend Inhalt acceptirt.

Bei Titel II, „Landesfällige Steuerkassen“, der genehmigt wird, stellt der Vorsitzende einen Antrag betreffend Abänderung einiger SS der Steuerkassen in die Höhe, der dann auf den Beschluss der Versammlung über den nachstehenden Gegenstand der Tagesordnung bildet.

Im Titel III. „Landpfändlicher Kammerfund“ bringt
der Präsident die Beschwerden der Ortsherren
zum Ausdruck, daß nämlich ohne ihre Einwilligung
Geld aus Gemeindeförderungsmitteln mit
dem von dem Ort herbeigeholten Gemeindefund zu
vollständiger jährlicher Aufrechterhaltung der Kammerfundzinsen
abgezogen werden.

Der Herr Präsident der Regierung erklärt, ob Kommune
nicht in Gefahr sei, so die Gemeindeförderung
nicht bezüglicher Pflichten nicht erfüllen.

Oberrichter Marsch befragt sie darüber, daß
die Gemeindeförderung nicht mehr zufrieden sein
im letzten Jahr weniger als früher erhalten
haben, doch dem Ort herbeigeholten Gemeindefund
für, u. daß letzteres mit Unterstützung der
Gemeinde weniger Schwierigkeiten bedarf werden.

Oberrichter Lenz will bei dieser Gelegenheit
auf die mangelhafte Ordnung in der
Gemeinde - Kammerfund aufmerksam machen,
daß ganz in der Gegend der Gemeindeförderung
liegen, dessen Mitglieder oft für diese Ursache
nicht das richtige Gefühl und Verantwortlich haben
und nicht eine gesetzliche Bestimmung, noch
noch zur Befreiung der Kammerfund in
jeder Gemeinde eine Commission bestanden
und Ortsherren, Hauptleute und Gemeindeförderung
einsetzen und insbesondere dem Ortsherren
sogar eine gesetzliche Grundlage zu geben wären,
daß es immer einfluß auf diesen Gebieten gehalten
werden können.

Diese Anweisung wird allseitig zustimmend angenommen.

nommer.

Konstanz sind der Präsident persönlich die Abgeordneten
Opelt und Lorenz von fast dafür ^{und} ~~und~~ ^{und} ~~und~~ ^{und} ~~und~~
Abg. Dr. Schlegel gegen die Fortsetzung der nicht-
lichen Gemeinde. Ammanbureau vorgeschlagen
sollen, für die der Herr Regierungskommissar
der mit dem wird, die Ammanverwaltung
für die integrierenden Teil der Gemeinde-
verwaltung. Jedoch besteht überall eine
Kommunikation, die die Endursprünglichkeit der Einzel-
nen zu gewährleisten, dessen Kompetenzen über-
geben von der Gemeindeverwaltung bestimmt
werden. für bezüglich des Gesetz könnte also
mit dem so lauten: "Jede Gemeinde hat einen
Kommunikationsrat so in so vielen Mitgliedern zu
wählen und dessen Kompetenzen zu bestimmen".
Vermutlich Abgeordnete gegen eine der Art
der Präsidenten sind, so möge die stl. Regier-
ung nachsehen, sind in geeigneter Weise
mit dieser Angelegenheit zu befehlen.

Im Titel V "Fürstliche Landes-Postförmlichkeit-
form" bringt der Präsident eine Resolution
mit, die folgt:

"Der Landesrat soll es für empfehlenswert, dass
im Interesse einer gewissen Information
in zweckmäßiger Weise die Geben
und der Interessen der stl. Landes-Post-
förmlichkeitselemente der Landesrat und
während der Regierung der Landesrat die Land-
ratskommission als Ausschuss der stl. Regier-
ung zugezogen wird und nicht dass es

Die hiesige stl. Regierung hat Befehl, dass Artikel
3 des Statuts vom 1. L. Westfälisch-Königreich
vom 20. / 1837 in dieser Form zu veröffentlichen.

Berlin, 12. Juli 1843. Dr. Schädler v. l.

Das Antiquarische Bureau hat sich seiner Aufgabe
als mit dem Herrn Verfasser auf die Verwirklichung
des Projekts immer das Beste zu treffen und
Wiederholungen von manchen Stellen ohne Vermeidung
zu unterlassen. Das benutzte Material
wird beifolgend für gewöhnliche Informationen zu
erhalten, was nur so notwendig sei, da auf die
Zugabe der Hauptstadt, die nicht selten von gewöhnlichen
dieser Rückseite beeinflusst sind, nicht immer zu
gehen sei. Überhaupt will Recht gegen den guten
Willen der stl. Regierung der Entschiedenheit sein
in dieser der stl. Minister zu verhalten, keine
weitere Mittelmaßnahme gewünscht haben.

Das hiesige Regierungsbüro hat die Antiquarische
bei, anerkennt die Verwirklichung der Vollendung
des Hauptstadt in dieser Form und wünscht das
Zugabe der Lant, die nicht sein inoffiziellen Körn-
nen. - Als immer Überhaupt sei es jedoch, dass
die Lant der Kommission nicht ungenügend sollen
die Rückseite, die sie vorhaben, auf den guten
Ruf der Familie, das dies immer wieder zum
Wohlstand dienen werden.

Das Präsidium findet die Aufgabe davon nicht in der
unserem Volkserwartung irgend etwas, - Obgleich
eselt in der Sache im Falle der Verwirklichung
Verwirklichung zu bekommen und zum Schluss der
von der Kommission ungenügend erhalten zu werden.

Die Resolution wird sodann unumstößlich zugestimmt.
Titel V „Einschl. Landes-Kassensatzungen“ abgesetzt
Titel VII „Dr. Grass'cher Vorkassensatzungen“ mit
Titel VIII „Kassensatzungen für Verordnungsstellen“
wiederum ohne Widerspruch einstimmig genehmigt.
Hierauf brachte der Vorsitzende Herr Dr. Schädler folgenden
Antrag zur Abstimmung: Abänderung der §§ 18 und
20 der Vorkassensatzungen. Dieser Antrag lautet:
„Die landesständliche Vorkasse, sowie die in den
Landes eigenthümlichen Gemeinden sind in Folge ihrer
günstigen finanziellen Entwicklung immer der
letzten 20 Jahren zu immer ansehnlicherem
Umsatz der Höhe herangewachsen, so daß die bisherige
den Gelder mangelt nicht zureichenden Ansehn-
lichkeit im Lande selbst zum Theil durch Ankaufl
ausländischer Effekten glaziert werden mußten.
Letztere waren aber wenig mehr als 4% Zinsen
ab und sind zudem mit großem Risiko be-
setzt als inländische Hypothekendarlehen - oder Gemeinde-
anleihen. - Ferner haben selbst Vorkassen, welche
günstige Unternehmungen sind, Zinsermäßigungen
allenthalben durchgesetzt. Aus diesem Grunde
und in weiterer Berücksichtigung der unrichtigen
Verhältnisse, in welchen die Gemeinden und Lande be-
finden, beschließt der Landtag gleichmäßig im Theil-
weise Abänderung der §§ 18 und 20 der Vor-
Kassensatzungen vom 16. Dezember 1891:
1. Es sind künftig an inländische Gemeinden und
inländische gemeinnützigen Genossenschaften gegen
4% Verzinsung ohne besondere Bewilligung nicht
von Landes- resp. Landesständlicher Vorkasse =

darüber zu handeln. Der folgende Absatz lautet
Genehmigung tritt nicht demnach ein, was ich für mich
der Aufsicht nicht nach mehrerer Verzinsung
in besondern Fällen formale.

2. Der Zinssatz für die von der Landes-
Kasse oder von der landwirtschaftlichen Genossenschaft
genutzten Darlehen an Private beträgt künftig
bei Hypothekendarlehen mit beweglichem Unter-
pfand $4\frac{1}{2}\%$.

Bei Creditdarlehen dagegen wird derselbe 5% .

Datum, 12. Juli 1893. Dr. Schädler Alb. —

Der Antragsteller begreift die vorstehende
Beschluss, indem er die im Antrag enthaltenen
Wörter des Käufers versteht. Er erklärt sich
mit dieser Genehmigung für die Ausführung
der Sache nicht verbunden, sondern nur
der Fall, dass die im Antrag für die Sache
sonstige durch den Kauf der Sache geregelt werden,
soll von der Gemeinde gebilligt werden.
Der Antrag wird mit allen gegenwärtigen Stimmen
von der Commission angenommen.

Es wird nunmehr

II. Gegenstand

der Beschlüsse der Landesregierung über die
Sachen in landwirtschaftlicher Verwaltung betreffend
Darlehen und sonst von Juli 1893 (Darlehen
anstatt Dr. Schäfer) nämlich

I. Darlehen- & Creditdarlehen,

II. Hypothekendarlehen,

III. Darlehen v. Kreisgenossenschaft,

IV. Darlehen v. Kreisgenossenschaft,

V. Zinsentablösungsfond des Gemeindefonds
VI. Versammlungs-Pfand-Zinsentablösungsfond
instimmig genehmigt.

III. Gegenstand.

Das Protokoll der Gemeinde-Sitzung ist mit einem
zweifellos überlesenen zur Festlegung eines Wasser-
leitungs.

Das Protokoll der Gemeindeverwaltung, das
von der stl. Regierung unterstützt werden, enthält
einige Angaben über den ungefähren Wert
des von 6500 fl rückzahlbar in 10 Jahren.
Dabei sind für die Kosten der sanitären
und wirtschaftlichen Vorrichtungen der Gemeinde
Sitzung und des Entwurfs, daß einfallen bei der
Sanierung zweifellos einbehalten werden ist und
verhältnismäßig ganz niedrigen Höhe bedacht werden.
Der Antrag der Commission lautet:

„Der Landtag bewilligt der Gemeinde-Sitzung
zur Festlegung eines Wasserleitungs mit einem
ungefähren Wert von 6500 fl und der
Landeskasse gegen Rückzahlung in 10 Jahren.
wobei, von welcher die erste Summe 1894 abgeschrieben
ist.“

Dieser Antrag der Commission wird einstimmig
angenommen.

IV. Gegenstand.

Regierungsverordnungen betreffen die Festlegung
eines Landes: Die oben erwähnten sind planmäßig.
Der von Seite der stl. Regierung vorgeschlagene
Antrag lautet der stl. Gesetzgebung be-
zweckt fast einhellig das Entschließen eines

granitum und granit felsen gelagerten Welt-
kämpfeln, da die beim Völser Herdiz nicht
genug und zur Pflanzung in fester Leyen
nicht geeigneten Felslingen lassen. Plankon
wären sind in jedem Hinsicht günstiger Ort für
eine neue Anlage. Die meisten feststellend:
Kosten (Zümmung, Rulturen und Leoband etc) sind
mit 146 fl. veranschlagt. Das anzuschaffende
Arzal wären circa 500 II Klafter. Das jährliche
Defizit ist fast bei Annehmung des Leoband
zinses und Einbefaltung mäßiger Pflanzung
grais mit 100 fl. veranschlagt.

Der Antrag der Kommission lautet:
„Der Landtag bewilligt die zur Feststellung
einer granitum Landvermahlungspflicht und
Plankon nötigen Credits. Das ferner nötigen
Arzal soll jedes wenn Land nicht angekauft,
sondern angekauft werden.“
Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig
angenommen.

V. Anhang.

(Kaufkraft felsen)
Dieser des fester Fiskus, fassen werden in Ruzgall,
und Subvention zur Festlegung einer Luftkass
über der Rhein.

Der Antrag lautet die Anzählungskreis der jetzigen
Felsen das mit anverlangt 1000 fl. (Festlegung
genau der Luftkass) Subvention wird der
Landeskassa, wenn die Hälfte immer 5
Jahre in unverzinslichen jährlichen Raten
von je 100 fl. mit der Rate der Landeskass
einen Wertgeld werden zurückbezahlt werden.

Das Commissionsentwurf lautet wie der Re-
gierungsentwurf so:

„Der Landtag bewilligt dem Patentrecht der
neuerfindlichen Entwürfe von 1000 fl zur feststeh-
enden jährlichen Entlohnung über den Punkt in Rück-
zahl und zwar als unentgeltliche Bewilligung
gegen Verpflichtung auf der ihm bis zur
genannten jährlichen Subvention von 100 fl währ-
sam 10 Jahren.“

Dieser Entwurf wird ohne weitere Zustimmung
angenommen.

II. Gegenstand.

Petition des landwirtschaftlichen Kammer
betreffend die Wahl eines Hofrathes
präsident.

Der betreffende motivirte Entwurf der
Commission lautet:

„In Erwägung, daß nach dem bisweilen
rückständigen für diesen Jahr nicht gutem
republikanischen Verstand zu beurtheilen ist, und
mit Rücksicht auf die schonen Hoffungen, in
welchen sich unsere Landwirtschaft in Folge
der seit vorigem Jahre bestanden Entfremdung
des Hinsatzes befindet, beschließt der Landtag
einen neuen Hofrathespräsidenten zu bilden,
welcher aus 3 von dem Landtag gewählten
Landtagsabgeordneten und aus 3 von land-
wirtschaftlichen Kammer abgeordneten Mitgliedern
bestehen solle. In diesem Falle wird und welcher
unter dem Vorsitz der stl. Regierung die
zur ^{Eröffnung} Eröffnung des Hofrathes vorgenommen

Maßnahmen bestimmt.

Zugleich ermächtigt das Landtag die kgl. Regierung
sowie zur Genehmigung der hierzu nöthigen
Credit und Requisitionen wird das Landes-
Kassirer vorbehaltlich der Genehmigung des Land-
tages nach. Landesverfassung, somit so für
die Requisitionen handelt.

Zur Anschaffung von Chilesalpeter werden
10% des Einkaufspreises mit der Abrechnung
der Hauptbuchungen und das Landes-Kassirer
ermächtigt.

Der Präsident bekräftigt den Antrag.

Reynoldsen Dr. Pflanzl findet die Sache vor-
zuziehen der Kommission gegenüber
Kollmannen sind zu weit entfernt und dort
nicht dankbar. Dieser Landtag werden zu
den durch die Erklärung des Präsidenten,
die Reynoldsen Espelt und die Regierung,
nicht geschehen.

Die Anwesenheit des Antragers erfolgt demnach
Einstimmig.

Dieser Antrag zu Folge werden dem Mit-
gliedern des Kassirers und Pflanzl genehmigt,
nämlich: Espelt, Bargetz und Fehr.

Damit wird die Verhandlung aufgeführt
und werden die Pflanzl durch den Präsidenten
gepflegt.

Rechnung, am 12. Juli 1843.

Dr. A. Schädler m. p.
Präsident

Joh. Bapt. Büchel m. p.
Sekretär

L. Marsch m. p.
Sekretär

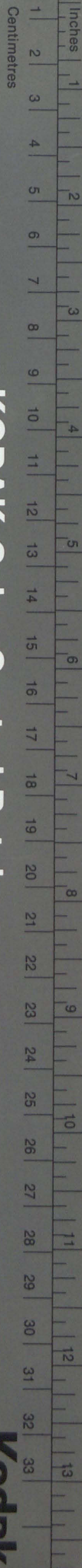
Landtags-Akten 1893

54. fasc. „Landtagsverhandlungen“

ad Kl. 984 ex 1893.
Reg.

e-archiv.ii

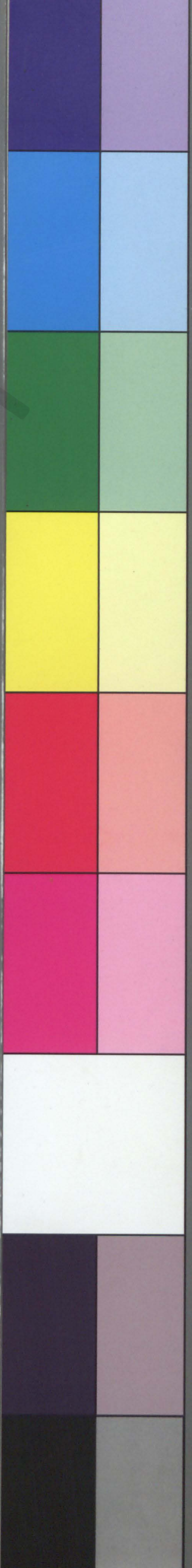
ENDE



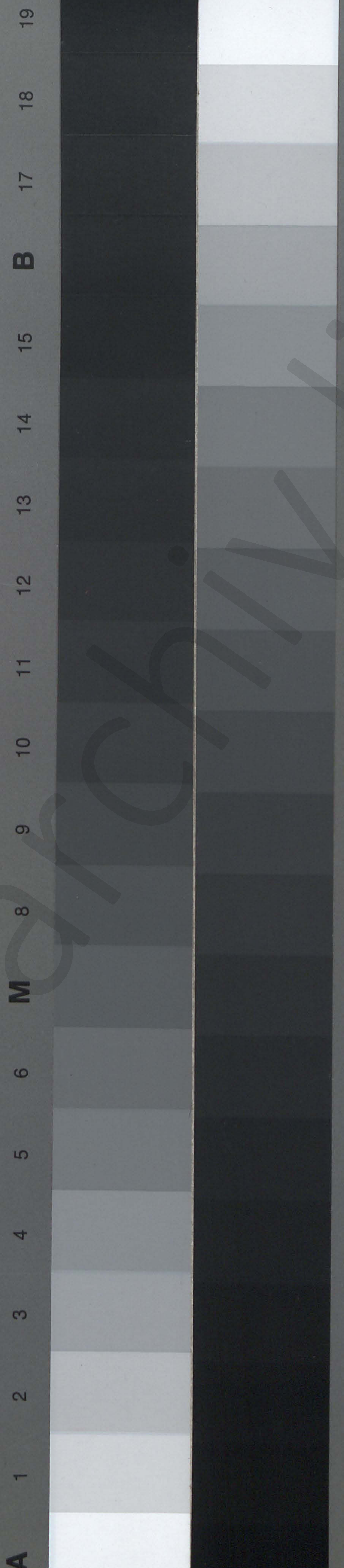
KODAK Color Control Patches

© The Tiffen Company, 2000

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black



A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19



KODAK Color Control Patches

© The Tiffen Company, 2000

Black 3/Color White Magenta Red Yellow Green Cyan Blue

